

II-1630 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 8031J

1980 -10- 24

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. HÖCHTL  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend der Einführung einer "Radiosteuer" für Präsenzdiener

Laut einer Meldung der Tageszeitung "Kurier" gibt es einen Erlaß des Verteidigungsministeriums, in dem angekündigt wird, daß alle Präsenzdiener, die in den Kasernen ein Radiogerät benützen, einen monatlichen Pauschalbetrag von fünf Schilling zu entrichten haben.

Diese Maßnahme erfordert vor allem einen neuerlichen Verwaltungsaufwand, der sicher nicht durch diese "Radiosteuer" wettgemacht werden kann. Zusätzlich wurde von den Soldatenvertretern errechnet, daß ein Gerät mit fünf Watt ca. 900 Stunden im Monat im Betrieb sein müßte, um Strom im Wert von fünf Schilling zu verbrauchen.

Die Einhebung dieser "Radiosteuer" stellt jedoch vor allem eine ungerechtfertigte und unzumutbare Belastung für die finanziell ohnehin nicht gut gestellten Präsenzdiener dar.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A N F R A G E :

- 1) Trifft es zu, daß Sie tatsächlich die Absicht haben, eine "Radiosteuer" für Präsenzdiener von monatlich S 5,- einzuheben?

- 2) Wenn ja, halten Sie es überhaupt für zumutbar, dem Präsenzdienster auch noch diese Belastung aufzubürden?
- 3) In welchem Verhältnis stehen die Einnahmen dieser "Radiosteuer" zu den Kosten für den dafür notwendigen Verwaltungsaufwand?